

Antrag Nr. 2

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 164. Vollversammlung am 29.5. 2015 der Arbeiterkammer Wien**

Keine Zustimmung zu dieser Lohnsteuerreform

„Es reicht! Wir haben es satt, ständig für den Finanzminister zu verhandeln und uns, auf Deutsch, veräppeln zu lassen“ tönnten es angesichts der enorm hohen Lohnsteuer im Land, die über die kalte Progression auch noch die mauen Teuerungsabgeltungen der KV-Runden auffrisst medienwirksam vor gut einem Jahr seitens ÖGB & AK zurecht.

Und in der Tat - was hunderttausende Arbeitende bei jedem Griff ins Geldbörstel durch den seit Jahren anhaltenden Reallohnverlust spüren - saufen die Einkommen nicht zuletzt auch aufgrund der immensen Lohnsteuerbelastung mehr und mehr ab. Eine Lohnsteuer, die zusammen mit der zweiten Massensteuer exorbitante zwei Drittel der österreichischen Staatseinnahmen speist.

In Folge dessen starteten ÖGB und AK dann auch die hinter uns liegende Lohnsteuer-Kampagne, in deren Ergebnis nun die angeblich „größte Steuerreform seit 40 Jahren“ auf Schiene gebracht wurde. „Wir haben es geschafft!“, wird breitflächig getitelt.

Reform kompensiert kaum Verluste – Abzüge bleiben weitgehend gleich

In Wirklichkeit kompensiert die paktierte Lohnsteuerreform kaum die Verluste durch die kalte Progression der letzten Jahre und profitieren von ihr absolut vor allem die höheren und Höchsteinkommen. Während etwa ein Facharbeiter mit 2.700,- Euro brutto mit etwas über tausend Euro im Jahr entlastet wird, wächst die Steuerersparnis bei einem Bezug von bspw. 8.000,- Euro brutto bereits auf das rund Doppelte, nämlich deutlich über 2.000,- Euro! Ja, im Verhältnis zum vom ÖGB geforderten Mindestlohn von 1.500,- Euro, bei welchem eine jährliche Entlastung von mageren 485,- Euro herauspringt, beträgt die Entlastung der Hocheinkommen sogar mehr als das Vierfache. Ganz zu schweigen von den vielen Vollzeitbeschäftigten in Niedriglohnbranchen, denen gerade einmal um die 350,- (auf oder ab) im Jahr mehr im viel zitierten Börsl bleiben wird.

Der Großteil der weiblichen Beschäftigten sowie Werk tätigen mit Migrationshintergrund (die in den Hoch-Einkommensbereichen nur gering vertreten sind) schauen demgegenüber weitgehend durch die Finger – womit auch die (bereits im Vorjahr gerade einmal weiter aufgegangenen) Lohnschere weiter aufreißen.

Und jene rd. 1,4 Millionen unselbständig Beschäftigten (rd. jede/r Dritte im Land), die überhaupt so wenig verdienen dass sie keine Lohnsteuer zahlen, müssen zudem noch bis ins Frühjahr 2017 warten, um die mit maximalen 290,- Euro Plus im Jahr begrenzte und bestenfalls einen Tropfen auf dem heißen Stein ausmachende Anhebung der Negativsteuer zu bekommen. Anstatt wie von KOMintern gefordert, gerade auch diese „McJobs“-Einkommen, von denen Hunderttausende kaum ihr Leben fristen können, über eine kräftigere Anhebung der Negativsteuer und Absetzbeträge – letztere endlich voll negativsteuerfähig anzusetzen –, massiv zu entlasten.

So werden denn auch den neuesten Berechnungen des IHS zufolge vor allem die Haushalte des oberen Drittels von der paktierten Lohnsteuerreform profitieren, während ums Alltägliche ringende Arbeiterhaushalte niedrigen Einkommens sowohl real wie auch prozentuell lediglich ein paar Brosamen im viel strapazierten Börsi bleiben werden.

Konkret: Während die Entlastung im achten und neunten Einkommens-Dezil (sprich: Einkommens-Zehnteln) mit durchschnittlichen 3,8% (oder umgemünzt 1.888,- bzw. 2.126,- Euro pro Jahr) zu Buche schlägt, beläuft sie sich im untersten Dezil (den zehn Prozent der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen) gerade einmal auf läppische 0,8% bzw. 116,- Euro pro Jahr (d.h.: 9,67,- Euro pro Monat). Was den Höchstverdienern dergestalt etwa ein „gratis“ Auto für die flügge gewordenen Kinder abwirft, deckt für die Geringstverdiener gerade einmal die sprichwörtliche tägliche Butter aufs Brot.

Und das, obwohl die rosaroten SpitzenfunktionärInnen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften nach Jahren des kontinuierlichen Reallohnverlusts und zunehmenden Working poor im Land sich noch vor kurzem unisono zu konstatieren gezwungen sahen, dass immer mehr Arbeitende in Österreich mit ihrem Einkommen kaum mehr über die Runden kommen. Und zwar bis weit in die mittleren Einkommensbereiche hinein.

Besonders drastisch ergeht es diesbezüglich jedoch den ohnehin ums Alltägliche ringenden untersten Einkommensschichten. Sie mussten, dem aktuellen Rechnungshof-Einkommensbericht zufolge, von 1998 auf 2013 überhaupt die stärksten Einkommenseinbußen verbuchen. Quer über alle Berufsgruppen sackten die Reallöhne- und Gehälter des einkommensschwächsten Zehntels von 1998 bis 2013 gar um sage und schreibe 35% ab und betragen inflationsbereinigt ihrem Wert nach überhaupt nur mehr 65% des Verdienstes von 1998! Vor diesem Hintergrund nehmen sich die nunmehr ernstlich abgefeierten knappen 9,70 Euro pro Monat denn auch bestenfalls als offene Verhöhnung aus.

Aber auch die sogenannten mittleren Einkommen verlieren gegenüber der besonderen Begünstigung der Höchsteinkommen. Wenn ein/e Facharbeiter/in mit 3.000,- brutto etwa 100,- Euro Lohnerhöhung bekommt, so wird diesem/dieser mehr abgezogen, als einem der mit 6.000,- Euro brutto eine Lohnerhöhung bekommt. Auch sie müssen dafür löhnen, dass Höchstverdiener, Vermögende und Reichtum entlastet werden resp. unangetastet bleiben.

Die dergestalt ausbaldowerten Entlastungseffekte der Lohnsteuerreform sind zudem in spätestens zwei, drei Jahren wieder verpufft. Die Löhne und Gehälter werden danach wieder dieselbe steuerliche Belastung erreichen wie 2009, wie unlängst auch diesbezügliche Berechnungen der Innsbrucker Wirtschaftsforscher bestätigten.

Und ab Einkommen von rund 1.800,- Euro brutto wird einem darüber hinaus von jeder hinkünftigen Lohnerhöhung fast dasselbe abgezogen wie bisher! Da die Arbeitenden ab dieser Einkommensmarke schon wieder in die nächsthöhere und untragbarer Weise mit 10% zudem am steilsten ansteigende Steuerstufe von 35% (anstatt bisher 36,5%) hineinwachsen, was für weite Bereiche der Beschäftigten und FacharbeiterInnen im Grunde die gegenwärtige „Grenzabgabenquote“ zementiert.

Reichtum bleibt unangetastet

Völlig unangetastet (von Peanuts abgesehen) kommt hingegen erneut der Reichtum im Land davon! Trotz vollmundiger Versprechen und Gewerkschaftskampagne für Vermögenssteuern, Erbschaftssteuern... zur Umverteilung von Oben nach Unten, wurden diese dann auch seitens der SP-Granden ein Begräbnis erster Klasse beschert und damit sang- und klanglos ad acta gelegt. Und das, obwohl der Reichtum im Land mehr und mehr durch die Decke schießt, und Österreich eine lediglich mit den USA vergleichbare Reichtumsverteilung und -akkumulation aufweist.

Dabei hätten die zaghaften Vermögenssteueransätze des SPÖ&ÖGB/AK-Modells sogar nur aus den Erträgen gezahlt werden können, und insofern trotz ihrer partiell umverteilenden Wirkung lediglich eine gewisse Einbremsung der Vermögenszuwächse bedeutet. Aber nicht einmal zu diesem Körbergeld brachte es die Steuerreform.

Mit seinem läppischen vermögensbezogenen Steueranteil von 1,3% (und damit internationales Schlusslicht – allein der dahingehende EU-15-Schnitt liegt mit 5,3% immerhin viermal so hoch), bleibt Österreich so ein unangetastetes Steuerparadies für Großvermögende und die grundlegende steuerpolitische „Schieflage“ im Land unberührt.

Sparpakete drohen!

Während so die Reichen immer reicher werden, und sich Österreichs Otto-Normal-Millionäre und Otto-Normal-Milliardäre auf Kosten der Millionen ins Fäustchen lachen, rollen aufgrund der mangelnden Gegenfinanzierung die nächsten Belastungs- und Sparpakete auf uns zu.

Hinter der Gegenfinanzierung „Verwaltungsreform“ verbergen sich und drohen neben der Einfrierung von Förderungen für drei Jahre (auf Basis 2015) bzw. vielfacher Kürzungen&Streichungen, Streichungen von Doppelförderungen, personalsparende Zusammenlegungen, zu befürchtende Kürzungen bei sozialen Vereinen, oder im Gesundheitsbereich, die Fortführung des Aufnahmestopps im öffentlichen Dienst, sowie damit mehr oder weniger präjudizierte Nulllohnstunden oder bestenfalls kosmetischer Anhebungen im öffentlichen und daran gekoppelten Bereich(en)...

Die im Nu aufgebrachten Unterschriften von hunderttausenden Beschäftigten haben gezeigt, zu welcher Mobilisierung der ÖGB im Verbund mit der AK in der Lage wäre. Aber anstatt die Auseinandersetzung im Interesse der Arbeitenden konsequent und offensiv aufzunehmen und in kämpferischer Mobilisierung und aktiven Einbeziehung der Beschäftigten auszutragen, verendete die „größte Gewerkschaftskampagne seit Jahrzehnten“ in einer zahnlosen Petitionsübergabe unter der Losung „Jetzt liegt's an der Regierung“ und neuerlichem faulen Kompromiss.

Einem Kompromiss der vor allem den immer mehr durch den Planfond schießenden Reichtum im Land völlig unangetastet lässt. In ihrer verfehlten Anlage als Lohnsteuerreform schon mitnichten haltend was sie verspricht, liegt der weitere entscheidende Angelpunkt ihrer Bewertung aber gerade in ihrer Gegenfinanzierung! Und dahingehend hat sich an der steuerlichen „Schieflage“ im Land nichts verändert

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:

Die vorliegende Steuerreform krankt an einer verfehlten Lohnsteuerentlastung sowie der fehlenden Umverteilung von oben nach unten, deswegen gibt es seitens der AK Niederösterreich dazu keine Zustimmung.

Einer Gesetzesvorlage wird nur unter folgenden Voraussetzungen zugestimmt:

1. Wenn die Tarifstufen dahingehend geändert werden, dass anstatt der Höchsteinkommen allen voran das Gros der Normalverdienenden und FacharbeiterInnen entlastet wird
2. Wenn die Lohnsteuerreform auch kräftige Entlastungen für die Massen an Nicht-Lohnsteuerpflichtigen Beschäftigten (über kräftigere Erhöhungen der der Negativsteuer, der Verkehrs- und Arbeitnehmerabsetzbeträge und des AlleinerzieherInnen-Absetzbetrags sowie deren volle Negativsteuerfähigkeit) beinhaltet
3. Wenn im Zuge der Steuerreform endlich auch die steuerpolitische „Schieflage“ im Land durch echte Vermögenssubstanz- und Erbschaftssteuern angegangen wird